53. Jahrgang. № 37. Sonnabend, 6. Februar 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden, bei täglich zweimaliger Zustellung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,10 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 2,40 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3,36 (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Morgen-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Aufträgen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen, die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., zweispaltige Grundzeile a. Textseite die Grundzeile 50 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden Altmarkt 2.

Gummi- Schläuche, Platten, Schnüre, Ringe, Klappen, Puffer, Walzen, sowie **alle Maschinenbedarfs-Artikel** wie: Stopfbüchsen-Packungen, Selbstölet, Wasserstandsgläser, Maschinenöle en gros liefern in besten Qualitäten billigst en detail
Gummi- u. Asbest-Compagnie
Reinhard Stiehler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 16.

Reisewitzer Biere
erhielten zur Deutschen Kochkunst-Ausstellung Dresden 1909
Goldene Medaille und Ehrenpreis!

Madenwürmer,
Springwürmer, auch Askariden genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das spezifisch wirkende neue Madenwurmmittel „Antiverm". Mit genauer Anweisung Mark 1,20, bei Einsendung von Mark 1,40 franko. Depot und Versand:
Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Ausverkauf der bei der Inventur im Preise ganz bedeutend zurückgesetzten **Lederwaren. Adolf Näter** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wärmer, veränderlich.

Der erkrankte Reichstagsabgeordnete Goldstein beabsichtigt, sein Mandat niederzulegen.

Vor dem Landgericht in Plauen i. V. begann gestern der Prozeß gegen die Spitzendiebe.

Der Reichstag setzte die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fort; Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg kündigte an, daß die Reichsversicherungsordnung dem Bundesrat noch in diesem Monat zugeht.

Bei den Verhandlungen über die Nachlaßsteuer in der Finanz- und Steuerkommission des Reichstages erklärte Finanzminister Dr. v. Rüger eine Reichsvermögenssteuer für unannehmbar.

Im oldenburgischen Landtag wurde ein Antrag auf Einführung des Pluralwahlrechts für die Landtagswahlen angenommen.

Der Universität Heidelberg wurden 130 000 Mark zur Gründung eines radiologischen Instituts gestiftet.

Das Moldau-Eis ist gestern vormittag 11 Uhr von Prag abgeschwommen.

Die Stellung des Fürsten Bülow.

Die tiefgehende Erregung, die die November-Krise gebracht hatte, ist kaum einer ruhigeren, gerechteren Auffassung gewichen und schon wieder lebt die Nation in nervöser Unruhe und Besorgnis. Die Stellung des Fürsten Bülow soll erschüttert sein. Diejenigen, die mit solchen Behauptungen hervortraten, haben sicherlich gewußt, weshalb sie es taten und wohin sie damit zielten. Aber haben alle, die solche Gerüchte für bare Münze nahmen und weiter verbreiteten, sich einmal klar gemacht, was ein Kanzlerwechsel im gegenwärtigen Augenblick bedeuten würde? Konnte wirklich jemand glauben, daß derselbe Monarch, der vor nicht allzulanger Zeit sich in der feierlichsten Weise zur Wahrung der Stetigkeit der Politik des Reiches verpflichtet hat, zu einem Entschluß kommen oder sich dazu drängen lassen würde, der das Reich in eine schwere innere Krisis hineintreiben müßte, in demselben Augenblick, wo es Einheitlichkeit, Zielsicherheit und Festigkeit in seiner Politik so nötig hat wie nur je. Steht nicht der Besuch des englischen Königspaares am Berliner Kaiserhofe unmittelbar vor der Tür? Wäre es einer großen Nation würdig, wäre es politisch klug oder auch nur erträglich gewesen, in einem solchen Augenblick dem Auslande das Schauspiel eines inneren Zwiespaltes zu bieten? Und wäre es im Hinblick auf die bevorstehende Balkankonferenz für das Deutsche Reich und seine Verbündeten von Vorteil, wenn es den bewährten Rat und das Geschick des gegenwärtigen Reichskanzlers entbehren müßte? Man braucht diese Fragen nur aufzuwerfen, um die Ueberzeugung zu gewinnen, daß gerade jetzt nichts Zweckwidrigeres und Nachteiligeres uns hätte treffen können, als ein homo novus oder ein Vakat auf dem Posten des leitenden Staatsmannes. Wahrhaftig, diejenigen leisten dem Vaterlande einen schlechten Dienst, die in so bedeutsamer Stunde die Stellung des Kanzlers zu erschüttern suchen.

Aber man braucht sich nicht zu beunruhigen, denn schließlich müssen alle Versuche, das Vertrauensverhältnis zwischen Kaiser und Kanzler zu verdächtigen, an dem Tatbestand, wie er nun einmal vorliegt, abprallen. Man vergegenwärtige sich doch die politische Situation im Reiche. Bundesrat und preußisches Staatsministerium — ausdrücklich hat sich Fürst Bülow in seiner Abgeordnetenhausrede auf sie berufen — haben sich mit dem verantwortlichen Reichskanzler solidarisch erklärt. Der Kaiser hat sich dem allgemeinen Empfinden gefügt. Und er hat das neue Jahr begonnen mit den Worten der Schrift: „Er aber, der Herr des Friedens, gebe Euch Frieden allenthalben und auf allerlei Weise." Dem Frieden aber würde wahrhaftig nicht gedient, wenn der Kaiser ohne zwingende Gründe sich zu einem Staatsmann in Gegensatz setzen wollte, der in der entscheidenden Frage die überwältigende Mehrheit der Nation samt Bundesfürsten und Ministern hinter sich gehabt hat und, wie seine Unterredungen mit dem Prinzen Ludwig von Bayern, dem König von Sachsen und dem Großherzog von Baden anläßlich des kaiserlichen Geburtstages beweisen, auch seitens der deutschen Bundesfürsten unvermindertes Vertrauen genießt. Dazu kommen andere Zeugnisse und Merkmale. Kürzlich wieder hat u. a. die „Luthardtsche Kirchenzeitung" erklärt, der Kaiser denke nicht an Bülows Entlassung, er halte unerschütterlich an ihm fest, schon um neue Beunruhigungen dem politischen Leben fernzuhalten. Und für die Agrar-Konservativen hat das Organ des Bundes der Landwirte erklärt, daß bei aller Entschiedenheit des Einspruchs gegen die Nachlaßsteuer und die preußische Wahlrechtsreform von einem Kampf gegen den Fürsten Bülow mit dem Ziel, ihn aus seiner Stellung zu verdrängen, nicht die Rede sein könne. Im Gegenteil sei in konservativen Kreisen der Wunsch allgemein, daß der Kanzler noch lange in seinem Amte bleibe. Und es ist in der Tat nicht einzusehen, weshalb sie auf den Sturz des Fürsten Bülow hinarbeiten sollten. Die Reform des preußischen Wahlrechts ist in der Thronrede feierlich zugesagt und als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet. Solange die preußischen Konservativen in dieser Frage auf einem starr ablehnenden Standpunkt bleiben, werden sie mit jedem Ministerpräsidenten, wie er auch heißen möge, in Konflikt geraten müssen. Und der Widerstand gegen die Nachlaßsteuer — auch das hat die „Deutsche Tageszeitung" ausgesprochen — erscheint nicht ausreichend, um darauf einen Kampf um Sein oder Nichtsein des leitenden Staatsmannes zu begründen.

Falls die Lösung der dornenvollen blockpolitischen Aufgabe nicht gelingen sollte, wird die Schuld dem Fürsten Bülow nicht beigemessen werden dürfen. Er hat getan und tut, was in seinen Kräften steht, um das große nationale Werk der Reichsfinanzreform, das auch politisch über die Zukunft des Reiches entscheidet, zum Abschluß zu bringen. Wenn jetzt eine große nationale Partei die Zustimmung zu einem wichtigen Bestandteil dieser Reform mit ihren politischen Grundsätzen nicht glaubt vereinbaren zu können, so hat sie die Pflicht, für angemessenen, d. h. politisch annehmbaren und finanziell ausreichenden Ersatz zu sorgen. Ein solches gleichwertiges Programm, das selbstverständlich die Zustimmung des Bundesrats erhalten müßte, könnte unter Umständen annehmbar sein, aber eben nur, wenn es völlig gleichwertig ist. Dazu gehört auch, daß es der unerläßlichen Forderung einer annähernd gleichmäßigen Verteilung der neuen Abgaben auf Massenverbrauch und Besitz Rechnung trägt. Die Erhöhung der Matrikularbeiträge, an die man gedacht hat, ist kein gangbarer Weg. Dafür würde sich mit Rücksicht auf die Finanzlage der mittleren und kleinen Einzelstaaten eine Mehrheit im Bundesrat niemals finden lassen. Die Situation ist aber noch weiter geklärt dadurch, daß die Konservativen wiederholt geäußert haben, ganze Arbeit machen zu wollen. Aus diesem Grunde hat neuerdings das führende Organ der Konservativen ein Zusammengehen mit dem Zentrum abgelehnt, will doch das Zentrum nur 300 Millionen Mark bewilligen, um, wie die „Kreuz-Zeitung" richtig bemerkt, im Interesse seines Einflusses schon im nächsten Jahre wieder einen Mehrbedarf entstehen zu lassen. In dieser Ueberzeugung, daß ganze Arbeit gemacht werden muß, begegnen sich die Konservativen mit dem leitenden Staatsmann, und auch darüber herrscht bei allen Einsichtigen nur eine Stimme, daß das Scheitern der Finanzreform — der König von Sachsen hat es der gesamten Nation zugerufen — ein nationales Unglück von unabsehbarer Tragweite wäre.

Das weiß man auch im Auslande ganz genau. Deshalb unaufhörlich die perfiden Angriffe, die in der englischen, französischen, russischen und österreichisch-klerikalen Presse nahezu gleichzeitig und immer nach derselben Methode gegen den Fürsten Bülow gerichtet werden. Diese Angriffe sollten uns zu denken geben: sie müssen denen, die sich nach einem Kanzlerwechsel sehnen, den Wert der Persönlichkeit des leitenden Staatsmannes klar vor Augen stellen und sie liefern anderseits den Beweis, daß die inländischen Gegner des Reichskanzlers mit ihren Wühlereien unseren vaterländischen Interessen viel schlechte Dienste leisten. Wenn jemand die aus zwingenden politischen und finanziellen Gründen unabweisbare Ordnung der Reichsfinanzen ohne schwere Erschütterungen des inneren Friedens zustande bringen kann, so ist es Fürst Bülow. Deshalb das Bemühen der deutschfeindlichen Auslandspresse, einen Staatsmann zu diskreditieren, in dessen Autorität und Vertrauensstellung man den wertvollsten Faktor für die Ueberwindung der die Schlagkraft der Nation lähmenden Finanznöte des Deutschen Reiches zu erblicken geneigt ist.

Unter diesem Gesichtspunkte des engen Zusammenhanges mit der Reichsfinanzreform ist in erster Linie die Stellung des Fürsten Bülow zu betrachten. Der fortdauernd ernste Charakter der auswärtigen Lage, die noch ernsteren Aufgaben der inneren Politik, vor allem die Ungewißheit der nächsten Zukunft lassen es dringend erwünscht erscheinen, daß die leitende Stelle der ruhende Pol im Kampfe der Meinungen und Parteiströmungen bleibt. Das Vertrauen des Kaisers, wie das der deutschen Bundesfürsten gehört dem Fürsten Bülow nach wie vor in vollem Umfange. An dieser Tatsache kommt keine noch so gekünstelte Darstellung der politischen Verhältnisse vorbei; von ihr werden auch, wenn anders unserer nationalen Wohlfahrt schwere Erschütterungen erspart bleiben sollen, die einzig und allein unseren Gegnern Vorteil bringen würden, die Entscheidungen der nächsten Zukunft beherrscht sein müssen. Hoffentlich hat man schon darin, daß das führende konservative Organ ein Bündnis mit dem Zentrum für unmöglich erklärt hat, auch sonst in sehr deutlicher Weise vom Zentrum abgerückt ist und die Liberalen ausdrücklich zur Abwehr der finanzpolitischen Verschleppungstaktik des Zentrums auffordert, eine erfreuliche Wirkung der richtigen Bewertung dieses Tatbestandes zu erblicken. Die Not des Vaterlandes verlangt eine entschlossene rettende Tat. Das weiß niemand besser als der Kaiser und sein erster Ratgeber. Aber auch die Nation muß sich endlich des Ernstes der Lage bewußt werden. Nur wenn Kaiser und Kanzler selbst, in vollem Einverständnis über das, was die Stunde gebieterisch verlangt, gewiß sein dürfen, daß ihre Arbeit im Dienste des Vaterlandes bei allen nationalen Parteien volles Verständnis und opferwillige Unterstützung findet, können die Gefahren abgewendet werden, die unsere Ehre und unsere Sicherheit bedrohen.

Neueste Drahtmeldungen vom 5. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Eingegangen ist der sechste Nachtragsetat. Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Allgemeinen Rechnungen für die Jahre 1903 und 1904. Abg. Ulrich (Soz.) führt vorgekommene Fonds-Verwechslungen auf objektiv falsche Buchungen zurück, die auf Etatsüberschreitungen an der einen Stelle auf Kosten der anderen hinauslaufen. — Unterstaatssekretär im Schatzamt Twele widerspricht der Behauptung einer „objektiven Absicht" bei diesen Fonds-Verwechslungen. — Die Rechnungsvorlagen werden in zweiter Lesung für erledigt erklärt und Entlastung erteilt. — Weiter steht auf der Tagesordnung die Weiterberatung der Rechnungsübersicht für die Schutzgebiete pro 1904. Die Debatte war bereits neulich geschlossen worden. Abgestimmt wird zunächst über den Antrag Erzberger auf Rückverweisung an die Kommission. Der Antrag wird gegen Zentrum und Sozialdemokraten abgelehnt. — Gemäß dem Antrage der Budgetkommission werden sodann die außeretatsmäßigen Ausgaben und die Etatsüberschreitungen genehmigt. — Ueber den ferneren Antrag der Kommission, die nachgesuchte Indemnität für die Etatsüberschreitungen infolge der Vorarbeiten für die Bahn Windhuk—Rehoboth zu erteilen, wird namentlich abgestimmt. Die Indemnität wird mit 190 gegen 122 Stimmen beschlossen. — Dann wird die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt. Zu den gestern mitgeteilten zwölf Resolutionen ist noch eine Resolution Bassermann hinzugekommen betreffend Vorlegung einer Denkschrift über die Abonnentenversicherung von Zeitungen. — Abg. Linz (Soz. d. Reichsp.): Wir hoffen, daß der Staatssekretär durch eine vernünftige Mittelstandspolitik auch denjenigen Ständen helfen wird, die bisher in der Gesetzgebung etwas vernachlässigt wurden. Arbeiterfürsorge und Mittelstandspolitik schließen sich nicht aus. Mit Herrn Trimborn wünschen wir für die Kleingewerbetreibenden die Ermöglichung der Selbstversicherung; ferner bessere Regelung des Submissionswesens, vermehrte Rücksichtnahme bei Vergebung von Arbeiten auf das Handwerk. Für die Kritik, die Herr Hoch an unserer Sozialpolitik geübt hat, liefern die tatsächlichen Verhältnisse keinen Grund. Die Sozialdemokratie lebt eben nur von der Unzufriedenheit, von der Verhetzung. Kollege Molkenbuhr hat daher Recht, wenn er sagt, durch nichts wird der Sozialpolitik mehr geschadet, als durch solche hetzerische Kritik. (Beifall.) Der Staatssekretär hat sich in der kurzen Zeit seiner Wirksamkeit als treuer Freund der Arbeiter erwiesen, und wir hoffen, er wird auch ferner an den großen Traditionen seines Vorgängers festhalten. Nun zu Einzelheiten. Ueberall, wo Tarifverträge angängig sind, bedeuten sie den Weg des sozialen Friedens. Für ein Reichsarbeitsamt sind wir grundsätzlich, aber wir befürchten, daß da durch zuviel Bureaukratismus geschadet werden könnte. Wünschenswert ist deshalb, durch eine dem Reichsamt des Innern angegliederte Zentralstelle auf ein friedliches Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern hinzuwirken. Das Reichsarbeitsamt erscheint uns als etwas zu schwerfällige Einrichtung. Die Ortskrankenkassen haben sich als Institution zur Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses erwiesen; die Einführung des Proportionalwahlsystems bei diesen Kassen ist dringend erwünscht. Die Befürchtung, daß die freien Hilfskassen nicht